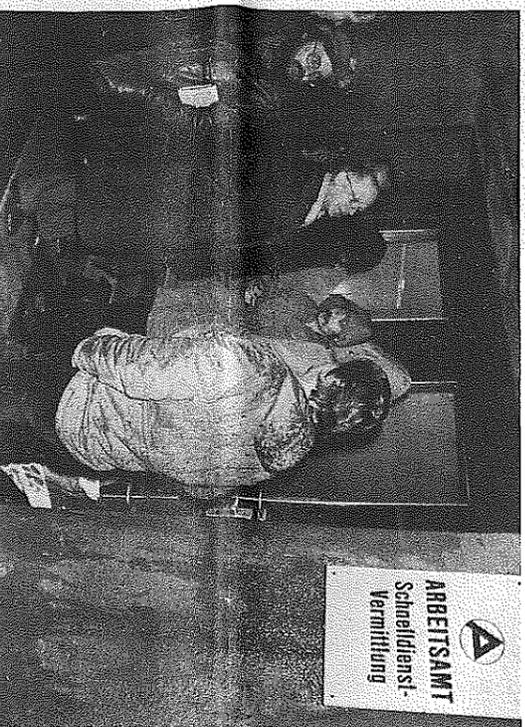


KRISE

Wirtschaftsinstitute haben gelogen

BRD vor der Krise

Vor der Bundestagswahl sagten bürgerliche Wirtschafts- „experten“, die deutsche Wirtschaft wäre endlich gesundet und der Aufschwung würde munter weitergehen. Wie viele Arbeiter schon ahnten, hat sich dies jetzt nach den Wahlen als reine Lüge und Wahlkampflüge für CDU/FDP erwiesen. Sprachen die Wirtschaftsinstitute im Herbst '86 noch von 3% Wirtschaftswachstum für 1987, so „prognostizieren“ sie jetzt nur zwischen 1 und 2%.



„Herr Blum, es genügt nicht, ab und zu Leute vor dem Arbeitsamt zu besuchen. Arbeit für alle muß hier!“

Die Steuerreform der Konfregierung

Umverteilung zugunsten der Reichen

Die sogenannte „große Steuerreform“ der Bundesregierung befindet sich zur Zeit im Kreuzfeuer der Kritik – und das zu Recht.

Bei der Steuerreform für 1986 wurden (gegenüber dem alten Gesetz) die Ausbildungsfreibeträge von 1200 DM auf 1800 DM, 2400 auf 3000 sowie von 900 auf 1200 erhöht. Ein Ausbildungsfreibetrag steht den Eltern zu, deren Kinder sich in einer Ausbildung befinden. Die Höhe ist abhängig vom Alter und davon, ob das Kind auswärts untergebracht ist. Nun könnte man der Ansicht sein, unsere Regierung sei familienfreundlich – weit verfehlt! Unerwähnt blieb, daß die Bundesregierung im Gegensatz zur SPD-Regierung 1982 diese Freibeträge halbiert hatte. Die Aufstockung ist daher ein Witz.

Rühmen kann sich die Bundesregierung mit der Anhebung der Kinderfreibeträge ebenfalls nicht, denn als vor Jahren das Kindergeld eingeführt wurde, wurden die damals bestehenden Kinderfreibeträge abge-schafft, da diese sozial unausgewogen waren. Wer reich war und deshalb 56% Steuern auf sein Einkommen zu zahlen hatte, profitierte auch zu 56%. Wer aufgrund fehlenden

In Wahrheit steuern wir auf einen neuen wirtschaftlichen Abschwung zu. Denn der „Aufschwung“ der letzten Jahre war vor allem auf dem Export von Investitionsgütern aufgebaut. Und die Nachfrage ist schon jetzt schwächer geworden.

Die Kapitalisten und ihre Bundesregierung sehen natürlich diese Gefahr. Und weil sie nicht zugeben können, daß ihr System nicht funktioniert, geben sie den Arbeitern die Schuld. So wannen sie vor zu hohen Tarifausschlüssen und diskutieren, wie man unsere erkämpften Sozialleistungen am besten beschneiden, d.h. wie man uns zugunsten des Kapitals am besten schröpfen kann.

Regierung auf absteigendem Ast

Dabei fühlen sie sich aber offensichtlich recht ungemütlich in ihrer Haut. Nicht, weil sie moralische Bedenken hätten. Aber sie fürchten die möglichen starken Widerstände und die potentielle Kampfkraft der Gewerkschaften. Deshalb möchten manche eine volle Konfrontation mit der Arbeiterbewegung nach der Thatcher-Methode lieber noch hinauschieben. Dies drückt sich in der Unsicherheit der Regierung, in den Streitigkeiten zwischen den Koalitionsparteien und Kohls berühmtem „Aussitzen“ von Problemen aus.

Verbraucher zahlen

Weniger als 2% der Bundesdeutschen gehören 3/4 des Produktivvermögens (Fabriken) und 80% des Aktienkapitals.

Finanzierung

Diesem Zustand dürfen die diversen Reformen (1986, 1988 und 1990) allemal fortschreiben. Die Familien mit einem zu versteuerndem Einkommen von 30.000 DM sparen knapp 1000 DM. Familien mit 500.000 DM sparen dafür mehr als 28.000 DM.

Wie die Steuerreform finanziert werden soll, ist immer noch unklar. Wahrscheinlich durch Erhöhung der Verbrauchssteuern, also auf unsere Kosten! An die Subventionen fürs Kapital wird man wohl kaum rangelassen. So ist beispielsweise Siemens immer noch der größte Empfänger von Zuschüssen aus dem Ministerium für Forschung und Wissenschaft.

Noch keine Steuerreform hat an den Einkommens- und Vermögensverhältnissen etwas geändert. Wer für wahre Steuererechtigkeit ist, muß auch gleichzeitig für ein anderes System sein, in dem nicht einige wenige Personen alles kontrollieren. Deshalb: demokratischer Sozialismus.

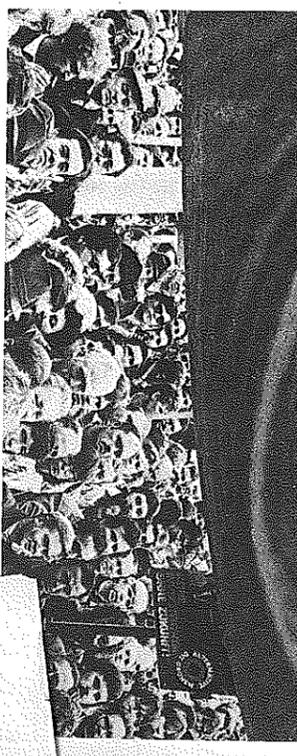
Jörg Dankowski, Hamburg
Jungsozialist



beiter und der Jugend wecken. Damit kann ein Funke entzündet werden, der über den Kampf der Arbeiter im Betrieb und auf der Straße zu einer großen Mobilisierung gegen die Regierung führt. Jeder Arbeiter und jeder Jugendliche sollte sich jetzt überlegen, in die SPD einzutreten und in diesem Sinne für eine Erneuerung der Partei zu kämpfen.
Bruno Hof, Köln
Jungsozialist

Siehe auch Kommentar S. 2 „Die SPD nach dem Sonderpartei“ und die Diskussion um das neue SPD-Grundsatzprogramm Seite 4 und 5.

Der soziale Meda wird aufgebündelt



Der lange Nachkriegsaufschwung schuf bei vielen Menschen Illusionen Zusammenleben von Kapitalisten und Arbeitern. Seit Beginn der 80er klarer: Nur durch gemeinsamen, harten Kampf wird es den Arbeitern g benstandart gegen die Angriffe der Kapitalisten zu verteidigen.

VORAN

zur sozialistischen Demokratie
1. überregionale marxistische Zeitung
für Juso, SPD, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Örfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221 / 134504

Bankverbindung: Perion V. Essen, Konto-Nr. 2500 59 - 430

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

Der Kommentar

Die SPD nach Brandt

Der SPD-Sonderpartei tag in Bonn mit dem Wechsel in der Führungsspitze markiert einen Einschnitt in der Geschichte der Partei. Die Entspannungs- und Reformpolitik der sozialliberalen Koalition Anfang der siebziger Jahre wurde vor allem von Willy Brandt verkörpert. Nach dem ersten weltwirtschaftlichen Einbruch 1974/75 waren die letzten Jahre dieser Koalition unter Schmidt schon von beginnenden Reformabbau und Kürzungen im Sozialbereich gekennzeichnet.

Insofern ist der Rücktritt Brandts nicht nur das parteinterne Ende der Ära eines Vorsitzenden. Die Tage des Wirtschaftsaufschwungs, in denen auf kapitalistischer Grundlage Reformen im Gesetzesweg durchgebrächt werden konnten, sind auch gezählt. Die jetzt versuchte Neuaufgabe einer sozialliberalen Koalition in Hamburg zeigt dies ebenfalls. Mit der FDP ist nur noch eine reaktionäre Sparte politik möglich, nicht besser als in einer großen Koalition mit der CDU. In manchen Punkten ist die FDP sogar noch dreister als die CDU, da sie als kleine Partei die Kapitalinteressen direkter aufnehmen und umsetzen kann, während die CDU mit großer Mitgliedschaft mehr Rücksicht auf die verschiedenen Schichten und Gruppierungen innerhalb der Partei nehmen muß. Es ist daher völlig unverständlich, wenn innerhalb der SPD von rechts bis links das Hamburger Zusammengehen mit der FDP begrüßt wird. Für die Stammwähler der SPD, für die Neue-Haimat-Mieter, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, für die Jugend, die Angestellten des öffentlichen Dienstes, die Werftarbeiter - für sie alle kann nur Negatives aus einer solchen Koalition herauskommen. Eine Neuaufgabe sozialliberaler Reformpolitik kann es in der kapitalistischen Krise nicht geben, sondern nur Krisenmanagement zu Lasten der Arbeiter.

Nürnberger Beschlüsse

Spätestens jetzt mit dem Führungswechsel in der SPD-Spitze wird es daher Zeit, sich darüber schonungslos Rechenschaft abzulegen. Ein klarer Bruch mit der Politik der Krisenverwaltung ala Schmidt muß deutlich gemacht werden. Mit den Nürnberger Beschlüssen ist ein Schritt in diese Richtung formuliert worden. Doch eine „einflußreiche Minderheit von Mandatsträgern“ (Brandt in seiner Abschlusssrede) gibt den Versuch keinesfalls auf, die Linkswende in der Partei wieder zurückzudrehen. Dies wird besonders in der AKW-Frage deutlich, wo die ohnehin zu lange Aussetzzeit von zehn Jahren wieder in Frage gestellt wird - unter Hinweis auf die nicht vorhandene gesetzgeberische Mehrheit im Bund. Doch auch mit einer noch so starken Mehrheit im Bund würde die SPD bei Schritten in Richtung Ausstieg nicht um eine große Mobilisierung und einen offensiven Kampf gegen das Atom-Kapital umhinkommen. Warum nicht jetzt damit beginnen, z.B. in den SPD-regierten Ländern?

Man kann sich nicht, wie Johannes Rau, einerseits ständig auf die Nürnberger Beschlüsse berufen und andererseits einen Hochtemperaturreaktor (HTR) im eigenen Land genehmigen. Rechtliche Möglichkeiten, die Genehmigung zu versagen, gäbe es genug (z.B. Sicherheitsbedenken, nicht vorhandene Endlagerungslösung), wie die NRW-Landesregierung sie ja jetzt auch bei der Verhandlung des Schnellen Brütters in Kalkar ausschöpft.

Bruch mit kapitalistischer Krisenverwaltung

Aber dies allein reicht nicht aus. Die Parteiführung, muß die Mitglied- und Anhängerschaft, die Gewerkschaften und die AKW-Bewegung gegen die Atommafia mobilisieren, um deren Widerstand zu brechen. Oder um ein weiteres Thema zu nennen: Statt über die Einführung von Studiengebühren in NRW nach Albrechts Vorbild nachzudenken, sollte die SPD lieber alle Kräfte in die Mobilisierung der Schüler gegen die geplante Abi-Deforum und Angriffe auf das Bildungswesen seitens der CDU-Kultusminister stecken. Mit solcher Politik in Ländern und Gemeinden kann sich die Partei Glaubwürdigkeit zurückerobern und wieder eigene Mehrheiten bei Wahlen erringen.

Auch in Hinblick auf eine zukünftige SPD-Regierung in Bonn ist ein klarer Bruch mit der Politik des Krisenmanagements nötig. Die Beispiele sozialistischer Alleinregierungen in Frankreich unter Mitterand, in Griechenland unter Papandreu und in Spanien unter Gonzalez zeigen: Auf Grundlage der kapitalistischen Krisenwirtschaft gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Politik des Sozialabbaus im Interesse des Kapitals, oder eine sozialistische Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, die den Kampf gegen das Kapital und seine Ordnung unter Mobilisierung der Anhängerschaft aufnimmt und damit zu dauerhaften Reformen auf der Grundlage einer sozialistischen Wirtschaftsordnung kommt.

KAMPFIONDS

VORAN ist deine Zeitung

Bundesrepublik 1987: Das heißt Riesengewinne für Großkonzerne, Banken und Versicherungen. Die Kehrseite der Medaille: Fast 3,7 Millionen Arbeitslose im Monat Mai. Die offizielle Statistik der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit erfällt nur noch 57 Prozent der tatsächlich Erwerbslosen. Alleine 1,2 Mio. Menschen melden sich gar nicht mehr beim Arbeitsamt, weil sie schon jede Hoffnung auf einen Arbeitsplatz aufgegeben haben. Für die Statistikpflücker existieren sie nicht. In der Propaganda der unternehmerregierung werden 1,2 Mio. Menschen mit einem Federstrich besetzt. Hier sieht man, wie wenig der Kapitalismus am Schicksal der Lohnabhängigen interessiert ist. Dagegen müssen wir alle uns wehren und den Kampf für eine sozialistische Zukunft aufnehmen. Unterstützt deshalb den Aufbau der marxistischen Zeitung VORAN!

Für unser Kampfionsziel von 100.000,- DM bis Jahresende sind bis jetzt insgesamt 3527,79 DM hier eingetroffen. Macht es wie andere VORAN-Anhänger: VORAN-Verkäufer in Göttingen erhielten 24,90

LESERBRÜCKE

Die Justiz im Kapitalismus

wird von den Unternehmen ausgenutzt, nach Möglichkeit umgangen, ausgetrickst, vergewaltigt oder erpreßt. Im Fall Anthony Salerno oder auch „Fette Tony“ genannt, wird auch dem letzten dem Kapitalismus gegenüber Wohlwollenden klar, daß die Juristen von der Mafia wie dumme Jungens und neuerdings wie Prostituierte behandelt werden, so daß die Justiz zum Werkzeug der miltuner legal als Unternehmer fungierenden Mafia benutzt und verwendet wird.

Im Prozeß gegen Anthony Salerno in den USA wird wegen der von seinen Handlangern betriebenen Unterwanderung der Teamster-Gewerkschaft diese 1,7 Mio. Mitglieder starke Organisation von der Justiz zu entmündigen versucht (beim Prozeßstand vom 16.6.87), so daß die Mafia das einzige wirksame Instrument der Arbeiterschaft im Tarifkampf einem gesetzlichen Vor mund unterstellen müssen. Der von der Justiz möglicherweise für genial gehaltene Zug (Fischzug, Schachzug oder wie immer man formulieren will) nutzt einzig und allein der Mafia, nach deren Vorbild so manches Unternehmen aufgebaut zu sein scheint.

Es liegt auf der Hand, daß das Kapital zur Unterwanderung dieser Gewerkschaft Mafiosi eingeschleust hat, um so die Justiz zu zwingen, den Verband organisierter Arbeiter, „Teamster“ zu kriminalisieren. Die Arbeiter sollen also nicht einen selbstgewählten Vorstand haben, sondern einen staatlichen „Vormund“. Dabei sind die Regierungskreise ebenso von der Mafia infiltriert sind wie Te-anster, wie aus in Ronald Reagans Auftrag angestellten Recherchen hervorgeht. Wie der Amerikaner sagt: „It's a case of worms, the whole capitalism.“ (Das ganze Kapital ist mit der Mafia verfilzt.)

Der so verpönte Klassenkampf gegen das Kapital ist das einzige Mittel im Kampf gegen die Mafia, die eine Reihe völlig legal scheinender Unternehmen und kapitalistischer Syndikate unterhält. Bordelle sind ja im Kapitalismus vollkommen legal!

Ausbeutung ist an sich schon ein Charakteristikum des Kapitalismus in allen seinen Phasen, aber in diesem Fall hat der sogenannte „Fette Tony“ den Vogel abgeschossen und die Justiz ad absurdum zu führen versucht. Er hat sich so als Symptom des amerikanischen Systems des freien Unternehmertums zu erkennen gegeben, eines Systems, das einem einzigen Puff gleich, in dem die Kapitalisten die Zuhälter spielen. Die „freie Marktwirtschaft“ garan-

DM an Zeitungerverkaufüberschüssen, indem sie die Käufer der Zeitung um eine zusätzliche Spende auch über den Solidaritätspreis hinaus baten. Durch Bierverkauf erzielten sie 23,- DM. Alleine 30,- DM kamen ebenfalls in Göttingen durch das Sammeln von Pfennigen zusammen. In Köln erbrachte der Verkauf von selbstgebackenen Kuchen 40,- DM. Durch Haarschneiden wurden 15,- DM eingenommen, durch Babysitting 20,- DM. Bei einem Flohmarkt wurde alter Plunder verkauft: Ergebnis 223,- DM für den Kampffonds. In Aachen erhielten Zeitungverkäufer zusätzliche Spenden in Höhe von 120,04 DM. Für verkaufte Anstecker kamen 10,50 DM rein. Kasseler Unterstützer überwiesen 57,40 DM, die sie durch den Verkauf von Broschüren erlöh-

ten. Alle, die VORAN unterstützen wollen, sollten diese Beispiele aufgreifen. Jeder kann eine Aktivität zugunsten des Kampffonds unternehmen. Fangt am besten sofort damit an.

Leo Schiffer
Redaktion Köln

tiert. Freiheiten für das Kapital, während die werktätige Bevölkerung überall geprellt, übervorteilt und exploitiert wird.

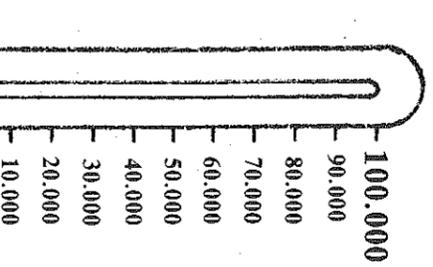
Enteignet die Ausbeuter
Proletarier aller Länder vereinigt euch!
Peter Josef Bleser, Köln
Jungsozialist

Liebe Genossinnen und Genossen!
VORAN hat in den letzten Ausgaben mehrmals zur „Volkszählung“ Stellung bezogen und erklärt, warum diese Aktion zwar den Kapitalisten und ihrem Überwachungsstaat, aber nicht den Arbeitern, Jugendlichen oder Ausländern nützt. Einige Freunde und ich wollen aktiv den Volkszählungs-Boykott unterstützen und beschlosssen, eine sowieso geplante VORAN-Zeitungsverkaufaktion auch dazu zu nutzen. Wir malten uns Umhänge-Pappen (sandwiches) mit einigen „Fragen zur Volkszählung“ (2,5 Mio Arbeitslose trotz umfassender Information, ökologische Krise trotz warnender Vorhersagen usw.) und verteilten Flugblätter vom Juso-Bundesvorstand.

Wir stießen natürlich auf reges Interesse. Bei den Diskussionen zeigte sich, daß die Leute durchaus nicht überzeugt waren von der Notwendigkeit der Volkszählung, viele aber angesichts von Buß- und Zwangsgeldern die Bogen mehr oder weniger wahrheitsgetreu ausgefüllt haben. Einige Passanten oder Anwohner fühlten sich von uns so stark „manipuliert“, daß sie glaubten, sich nur noch mit Hilfe der Polizei wehren zu können. Die rücke in Mannschaftsstärke an, fragte nach einer Genehmigung für einen Informationsstand (!), beschlagahmte die Juso-Flugblätter und stellte unsere Personalien fest.

Abgesehen von einem glatten Rechtsbruch (z.B. Recht auf freie Meinungsäußerung) hatte die Polizei nichts zu bieten, weder Argumente für die „Volkszählung“ noch eine Begründung für die vielzähligen (Unterdrückungs-)Maßnahmen gegen die Volkszählungs-Boykott-Initiativen. Die umstehenden Menschen fühlten sich zur Solidantät mit uns veranlaßt, obwohl sie bestimmt nicht alles von uns Gesagte teilten. Einzelne verlangten es demonstrativ ein Flugblatt bzw. ein Exemplar unserer Zeitung, andere äußerten ihr Mißfallen über die Polizei. Nach Abzug der „Grünen“ erhielten wir bei Verkauf der Zeitung deutlich mehr Spenden als sonst.

Eine mögliche Strafverfolgung wird uns finanziell sicher sehr treffen. Doch es ist sehr ermutigend zu sehen, daß das Demonstrieren der



Spendenkonto:
VORAN Post giroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Staatsmacht die Leute zusammenzweigt, die von diesem Staat nichts Positives zu erwarten haben. Wie groß wären erst unsere Möglichkeiten, wenn SPD und Gewerkschaften geschlossen z.B. gegen die Volkszählung mobilisierten!
Mit sozialistischem Gruß
Hubert Batsch, Köln
Jungsozialist

Liebe Genossinnen und Genossen,
Wie in dem Artikel aus Aachen geschrieben wurde, ist die Änderung des Ladenschlußgesetzes frauen- und familienfeindlich. Der größte Teil der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen in Teilzeitschäftigung, die oft auch noch Kinder haben. Ort ist der Einzelhandel die einzige Branche, in der Frauen noch Teilzeitsjobs bekommen. Bei einer Ausweitung der Ladenschlußzeiten in die Abendstunden würden sich viele Familien fast nicht mehr sehen. Denn bei einer Änderung für einen Abend bleibt es bestimmt nicht. In der Probephase würden auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern die schon beschäftigten müßten schichten.
Meines Erachtens wird der Einzelhandel als Großversuch für die flexible Arbeitszeit mißbraucht. Es werden zum Beispiel Arbeitsverträge vereinbart, bei denen der Arbeitnehmer auf Abzur je nach Bedarf eingesetzt wird. Oder Verkäuferinnen werden nur in Stoßzeiten eingesetzt. Dadurch wird der Tag einer Teilzeitsbeschäftigten total verkort, z.B. durch Arbeitszeiten von 11-13,00 Uhr und von 16-17,30 Uhr, oder bei Änderung der Ladenschlußzeiten von 11-13,00 Uhr und von 18-22 Uhr: gerade so, wie es den Unternehmen paßt. Verrätliche Vereinbarungen über feste Arbeitszeiten gibt es schon lange nicht mehr.

Bei einer Änderung des Ladenschlußgesetzes muß man aber auch sehen, daß es eigentlich gar keinen Bedarf dafür gibt. Die Läden haben heute in der Woche 60-80 Stunden geöffnet. Bei immer kürzeren Wochen mit dem Ziel 35 Std., ist es heute jedem möglich, in der restlichen Zeit seine Einkäufe zu tätigen. Auch würden bei einer Änderung die kleinen Läden nicht mehr mithalten können, und die großen Konzerne würden noch mehr Profite machen auf Kosten der Kleinen.

Da die Grünen einer Änderung des Ladenschlußgesetzes zustimmen ist das für uns, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die Chance, in der Öffentlichkeit zu zeigen, daß VORAN-Unterstützer für die Arbeitnehmer da sind. So, wie wir es auch in der Tarifauseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche erfolgreich gezeigt haben.
Luise Janke, Stuttgart
Einzelhandelskauffrau

Erziehung und Bildung im Sozialismus

Jeder nach seinen Fähigkeiten

Die Förderung der Fähigkeiten des Menschen beginnt in frühester Kindheit. Welche Talente eines Kindes in welchem Umfang entwickelt werden, hängt auch heute noch weitestgehend von dem Zufall ab, in welche Familie und Umgebung das Kind geboren wird. Im kapitalistischen Bildungs- und Erziehungswesen spielen die Profitinteressen der Wirtschaft die aus-schlaggebende Rolle.

In Sozialismus dagegen können alle Kinder die beste Förderung erhalten, z.B. in kleinen Gruppen mit anderen Kindern unterschiedlichen Alters unter der Betreuung und Anleitung von gut ausgebildeten Pädagogen. Der Besuch solcher Gruppen wäre natürlich für die Eltern mit keinerlei Kosten verbunden. Aber auch die Eltern hätten durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf wenige Stunden am Tag (20-Stunden-Woche für alle wäre heute schon möglich!) viel mehr Zeit und Ruhe, sich ihren Kindern zu widmen.

Es gibt ja heute eine Reihe von Ländern, die sich „sozialistisch“ nennen. Daß sie es nicht sind, erkennt man unter anderem auch an ihrer Bildungspolitik. Es gibt zum Beispiel besondere Schulen für Kinder von Bürokraten. Und auch Ar-

beitsverkürzungen liegen dort in weiter Ferne, denn die bürokratische Herangehensweise bremst die Weiterentwicklung der Produktion.

Keine Trennungen von Hand- und Kopfarbeit

Bildung und Ausbildung umfassen unterschiedliche Bereiche: intellektuelle, musisch-künstlerische, handwerkliche und körperliche. Heute sind diese Bereiche weitgehend voneinander getrennt, z.B. durch die Aufteilung in Hand- und Kopfarbeit (so durch das duale Schulsystem). Bei fast allen Menschen müssen auf Grund von Zeit- und/oder Geldmangel ein Teil ihrer Anlagen verkümmern. Wer weiß, vielleicht wäre ich ein begnadeter Pianist geworden, hätten meine Eltern ein Klavier besessen und mir Unterrichtsstunden bezahlen können?

In einer wirklich sozialistischen Gesellschaft wird es möglich sein, alle vorhandenen Talente zu erkennen und zu fördern und die obengenannte Aufteilung der unterschiedlichen Bereiche aufzuheben. Das Niveau der ganzen Gesellschaft wird sich heben, wenn das enorme Potential an Künstlern und Wissenschaftlern voll zum Tragen kommt. So wäre der Weg bereitet für bisher

noch ungeahnte Entwicklungen auf allen Ebenen.

Die jetzt bestehende Aufteilung der Lebenszeit des Menschen in eine relativ lange Schul- und Ausbildungsphase in der Jugend, eine produktive mittlere Phase und eine gänzliche „Ruhpause“ im Alter entsprechen in keiner Weise den natürlichen Anlagen des Menschen, sondern den Produktionsinteressen des Kapitals.

Kinderarbeit

Schon sehr kleine Kinder leisten gerne für die Allgemeinheit nützliche Arbeit, wie zum Beispiel Helfen im Haushalt, im Garten oder in der Landwirtschaft. In der Zeit, wo die Produktion überwiegend handwerklich bestimmt war, war die Mitarbeit der Kinder selbstverständlich. Schädlich und zu verurteilen ist Kinderarbeit unter diesen Bedingungen, weil nicht mehr die Interessen der Kinder die Hauptrolle spielen, sondern der Gewinn, den z.B. Eltern oder Fabrikbesitzer von dieser Arbeit haben, wie heute noch weit verbreitet in der 3. Welt. Dort sind viele Eltern wegen der hohen Arbeitslosigkeit darauf angewiesen, daß die Kinder zu Hungerlöhnen schwere körperliche Arbeiten verrichten, nur damit die Familie überhaupt ein Einkommen hat.



Die Revolution in unterentwickelten Ländern



Leo Trotzki, „Die permanente Revolution“, Fischer-Taschenbuch 8,80 DM

Trozkis Theorie der „Permanenten Revolution“, die er schon 12 Jahre vor der Oktoberrevolution 1917 entwickelte, ist für uns heute nicht nur von historischem Interesse, sondern hat höchst aktuelle Bedeutung für die revolutionären Bewegungen in der „3. Welt“.

In diesem Buch wird am Beispiel Rußlands beschrieben, wieso in einem rückständigen Land die sozialistische Revolution früher als in einem hochentwickelten vollzogen werden kann und welche Faktoren zu ihrem endgültigen Sieg nötig sind.

Weltmarkt

Lenin hat aufgezeigt, daß der Kapitalismus in seinem höchstentwickelten Stadium, dem Imperialismus, einen Weltmarkt geschaffen hat, den die zuerst industrialisierten Staaten beherrschen. Die weniger entwickelten Länder haben keine Möglichkeit mehr, auf dem Weltmarkt eine führende Rolle zu spielen; sie sind kaum konkurrenzfähig, sondern abhängig vom Imperialismus. Trotzki kam daher zu dem Schluß, daß die bürgerliche Klasse dieser Länder auch keine fortschrittliche Rolle mehr spielen und die klassischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution nicht lösen kann: Abschaffung des Feudalismus, Landaufteilung, Entwicklung der Produktivkräfte auf kapitalistischer

nahe Einigung, usw. Der Imperialismus hat willkürliche Staatengebilde aufgebaut, die einheimische Bourgeoisie ist von ihm abhängig, sie ist eng verflochten mit den feudalen Großgrundbesitzern des Landes.

Verflechtung

Letzteres läßt sich gut erkennen am Beispiel der Landverteilung. Ein Großgrundbesitzer verdient durch Ausbeutung der Landarbeiter genug Geld, um sich auch in der Stadt seine eigenen Fabriken aufzubauen, häufig mit Hilfe von ausländischem Kapital. Gleichzeitig jedoch ist er noch Großgrundbesitzer und hat dadurch keinerlei Interesse daran, dem Großgrundbesitzer ein Ende zu bereiten. Feudale Strukturen bleiben neben kapitalistischer Industrie bestehen. Die einzige Klasse, die wirklich fähig ist, die bürgerlich-demokratischen Aufgaben zu lösen, ist die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Dorfarnut. Aber ein revolutionäres Regime unter Führung der Arbeiterklasse kann nicht bei dem rein bürgerlich-demokratischen Aufgaben stehenbleiben. Im Interesse der Arbeiterklasse müssen früher oder später auch die sozialistischen Aufgaben angegangen werden: Verstaatlichung der Industrie, Aufbau der Planwirtschaft.

Nicaragua

Am Beispiel Nicaraguas läßt sich gut erkennen, daß die Theorie der permanenten Revolution auch heute noch aktuell ist. Vor der Revolution herrschte dort Somoza, der sowohl einen großen Teil des Agrarlandes als auch eine ganze Menge der Unternehmen besaß. Daher war er natürlich nicht bereit, den Grundbesitz abzuschaffen. Durch die Revolution der Sandinistas wurde zwar der alte Staatsapparat zerstört, die Somoza-Güter verstaatlicht und Landkooperationen eingerichtet. Doch noch ist der Kampf nicht entschieden. Noch würde die Verstaatlichungen belaufen. Die Kindes der US-Güter angegriffen.

Das reicht jedoch keinesfalls. Man sieht schon heute, daß die Unternehmen, die noch private Betriebe besitzen, keine Investitionen mehr tätigen, sondern mit ihrem Geld lieber die Contras finanzieren. Dadurch liegt Nicaraguas Wirtschaft am Boden und das Land ist absolut nicht mehr konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Hinzu kommt, daß die großen Handelsnationen wie die USA Nicaragua natürlich nicht unterstützen, egal ob dort die amerikanischen Unternehmen angestartet werden oder nicht. So gibt es für Nicaragua nur einen Ausweg aus dem Dilemma: Sie müssen zusehe ganz vollziehen, denn sonst droht die Gefahr, daß die Wirtschaft völlig zusammenbricht und auch der Staatsapparat sich nicht mehr halten kann.

Hier zeigt sich also ganz deutlich, wie in einem unterentwickelten Land die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen in die der sozialistischen Revolution übergehen müssen.

Internationaler Sozialismus

Aber der Aufbau einer wirklich sozialistischen, d.h. dem Kapitalismus überlegenen Gesellschaftsordnung ist isoliert, in einem Land mit rückständiger Wirtschaft nicht möglich. Dazu ist der Sieg der sozialistischen Revolution international, vor allem in den Industriemetropolen nötig. Denn kein Land kann sich aus dem imperialistischen Weltmarkt auf Dauer „ausklinken“. Die Krise der „3. Welt“ kann nur gelöst werden durch den Sieg der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauernmassen dieser Länder, durch die sozialistische Umwälzung der Verhältnisse auf internationaler Ebene. Oder, wie Trotzki es in seinem Buch ausdrückt: „Die Revolution beginnt auf nationalem Boden, entwickelt sich international und wird vollständig in der Weltarena. Folglich wird die sozialistische Revolution in einem neuen breiteren Sinne des Wortes zu einer permanenten Revolution: Sie findet ihren Abschluß nicht vor dem endgültigen Siege der neuen Gesellschaft auf unserem ganzen Planeten.“

In einem entwickelten sozialistischen System aber gibt es keinen Hunger und keine Arbeitslosigkeit mehr. Ein Verbot von angemessener, gesellschaftlich nützlicher Arbeit auch für Kinder wäre also nicht mehr nötig, und für die Entwicklung der Kinder, ihr Verantwortungsbewußtsein wäre eine solche Beschäftigung sehr von Vorteil.

Auch für das „Lernen“ im herkömmlichen Sinn hätte eine derartige Aufteilung in Arbeit und Lernen einen Vorteil. So entdeckten Fabrikinspektoren Ende des 19. Jahrhunderts in England, daß „Fabrikkinder“ ebensoviel und oft mehr lernten als die Kinder, die den ganzen Tag Unterricht erhielten. Man stellte fest: „Das System halber Arbeit und halber Schule macht jede der beiden Beschäftigungen zur Ausruhung und Erholung von der anderen und folglich viel angemessener für das Kind als die ununterbrochene Fortdauer einer von beiden.“ Und das unter den Arbeitsbedingungen in den Fabriken dieser Zeit!

Jeder, der weiß, wie Kinder nach 6 Stunden Schule nach Hause kommen, wird dieses Argument einleuchtend finden. Und gerade in der Verbindung von Hand- und Kopfarbeit durch praktische Anwendung des Erlernten und durch theoretisches Aufarbeiten der praktischen Ergebnisse wird auch das Lernen für die Menschen keine lästige Pflicht, sondern lebendige Erfahrung. Dem „Fachidiotentum“ wird vorgebeugt,

und die Menschen werden darauf vorbereitet, in unterschiedlichen Bereichen mitzubestimmen und Verantwortung zu übernehmen.

Das ganze Leben lernen

Die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung werden aber keinesfalls nur auf die Kindheit beschränkt sein, sondern bestehen für jeden Menschen das ganze Leben lang. Die drastisch verkürzte Arbeitszeit durch Aufteilung der Arbeit auf alle und die weitere Automatisierung der Produktion wird allen Menschen genügend Zeit und Energie lassen, sich intensiv und „proffhaft“ mit anderen Dingen als ihrem ausübenden Beruf auseinanderzusetzen. Hierbei werden sie unterstützt durch kostenlose „Lehrer“ und öffentliche Einrichtungen. Es wird möglich sein, sich neben der Arbeit jeder Art von Studium zu widmen. Dadurch werden sich die Produktionstechniken ständig verbessern, Forschung, Wissenschaft und Kunst werden ungehemmt Fortschritte machen. Aber auch die jetzige einseitige Entwicklung der Menschen selbst ist endlich überwunden. Jeder Mensch wird wieder in der Lage sein, zu verstehen, wie und warum er was produziert; er wird die Zusammenhänge kennen, er kann im Laufe seines Lebens die unterschiedlichsten Tätigkeiten ausüben. Bis an sein Lebensende werden seine Erfahrungen und Fähigkeiten geschätzt und genutzt werden.

Dann endlich werden wir das Potential und die Möglichkeiten haben, auch all die bisher ungeklärten Fragen der Menschheit anzugehen und zu lösen.

Barbara Kirschaum, Köln
Jungsozialistin



Die Jungsozialisten Stuttgart, vor allem bei den Jusos organisierte Schüler, verstanden es, in kurzer Zeit 5000 Schüler auf die Straße zu bringen.

Stuttgarter Jungsozialisten leiten Schülerproteste

Da bei uns in Stuttgart die städtische Schülervertretung eingeschaltet ist, beschloss aktive Jusos einen Schüleraktionsauschuss aufzubauen. Durch Flugblätter mobilisiert, erschienen prompt 70 Schüler. Bei einer weiteren Veranstaltung waren 30 Schulen vertreten.

Obwohl sich die Arbeit vor allem gegen die Abi-Deform richtete, die hier in Baden-Württemberg großenteils '83 schon durchgeführt wurde, betonten wir immer den Zusammenhang zwischen den Angriffen auf das Bildungswesen und der wirtschaftlichen Lage der BRD. Finanzziele und materielle Hilfen erhielten wir von zahlreichen Gewerkschaften, z.B. von der IGM und selbstverständlich von der mitbetroffenen GEW.

Nach einer mageren Veranstaltung der inoffiziellen Landesschülervertretung mit ca. 400 Teilnehmern (nur in Bayern und Baden-Württemberg ist die Landes-SV nicht gesetzlich verankert) rechneten wir mit etwa 500 streikenden Schülern

schuss hin 5000 Schüler (Polizei: 3500) in Stuttgart, was sie von Kultusminister Mayer-Vorfelder halten. Mayer-Vorfelder hatte noch öffentlich behauptet, die Schüler in Baden-Württemberg seien mit dem schon deformierten Abi zufrieden. Doch die größte Schülerdemo Baden-Württembergs in diesem Jahrzehnt hat ihm gezeigt, daß er mit uns nicht machen kann, was das Kapital will.

Stephan Kimmerte, Schüler
Juso AG Stuttgart-Ost

Gegen einen unserer Genossen, den Schüler Daniel, verhängte der Direktor einen befristeten Ausschuß von der Schule wegen seiner Aktivitäten für den Schülerstreik. SV'en, Juso-Schülergruppen usw. sollen Protestschreiben gegen diese Maßregelung richten an:
Direktor Hermann, Schickhardt-Realschule, Schickhardtstr. 30, 7000 Stuttgart 1

DISKussion des Irsseer Entwurfs für ein neues SPD-Grundsatzprogramm

Kämpfe für ein sozialistisches

Der Bundesparteitag der SPD in Essen faßte 1984 den Beschluß zur Einrichtung einer Kommission, die „auf der Grundlage der im Godesberger Programm getroffenen Grundentscheidungen ein neues Grundsatzprogramm erarbeitet“. Willy Brandt wurde zum Vorsitzenden der Kommission gewählt. E. Eppler, H. Rappe und I. Wetzig-Danielmeier sind Stellvertreter. Das neue Grundsatzprogramm ist das siebte Grundsatzprogramm in der knapp 125jährigen Geschichte der SPD. Alle bisherigen Programme haben eines gemeinsam: Sie wurden nie verwirklicht. Die SPD – ursprünglich angetreten für die „Befreiung der arbeitenden Klassen“ und die „Abschaffung aller Klassenherrschaft“ (Eisenacher Programm 1869) – hat ihre historische Aufgabe bis heute nicht erfüllt.

Das Ziel Sozialismus wurde im Lauf der Geschichte immer weniger als aktuelle Aufgabe gesehen. Das Programm wurde getrennt in ein abstraktes Maximal-Programm des demokratischen Sozialismus einerseits, sowie kurz- und mittelfristige Reformforderungen andererseits, die dann regelmäßig den Sachzweigen der kapitalistischen Gesellschaft zum Opfer fielen. Dieser grundlegende Fehler, den schon Friedrich Engels am Erfurter Programm von 1891 kritisierte, wurde im vorgelegten Irsseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm wiederholt. So hat die Parteispitze verlangt, daß die Programmdiskussion erst „nach den Bundestagswahlen 1987 aufgenommen wird“. Wäre nicht gerade der Wahlkampf die beste Zeit gewesen, um der Politik der CSU/CDU/FDP eine sozialistische Alternative entgegenzusetzen? Was taugt ein Grundsatzprogramm, wenn es sich nicht im Regierungsprogramm wiederfindet? So wird z.B. im Irsseer Programmentwurf gefordert: „Die Aussperzung muß verboten werden.“ Das Aussperzungsverbot wurde schon mehrfach beschlossen. Auch auf dem Essener Parteitag 1984. Mit dieser Forderung hätte die SPD gegen die Änderung des § 116 in die Offensive gehen können. Trotzdem war diese Forderung im SPD-Wahlprogramm nicht zu finden.

Erwartungen enttäuscht

Die Parteilinie erwartet von dem neuen Programm, daß aus den Fehlern der Vergangenheit, insbesondere der Zeit des Sozialabbaus unter der Schmidt-Regierung und den folgenden Niederlagen, die Konsequenzen gezogen werden. „Dabei herrscht in den meisten Aussagen die Auffassung vor, daß in Fragen staatlicher Eingriffe und Steuerung und auch in der Eigentumsfrage das neue Grundsatzprogramm radikalere Formulierungen treffen wird als Godesberg... Fragen der Vergesellschaftung und Enteignung sollen diskutiert werden... Sehr häufig wurde gewünscht, die Grundwerte im neuen Programm konkreter als in Godesberg zu formulieren. Fast ebenso häufig: Nicht hinter Godesberg zurück!... Immer wieder wird deutlich ein klares sozialistisches Profil gewünscht“ (Zitat aus dem SPD-Mitgliedermagazin „SM“). Diese Erwartungen enttäuscht der Irsseer Entwurf. Er ist das gemäßigte und unverbindlichste Programm in der ganzen Geschichte der SPD. Es ist sogar ein Rückschritt hinter Godesberg.

Das Godesberger Programm 1959 nahm Abschied vom Marxismus. Zu seinen linken Kritikern gehörte damals Peter von Oertzen. Er ist heute Mitglied der Programmkommission. Doch von einer Korrektur von Godesberg nach links ist nichts zu spüren. Zwar werden die „Marx'sche Geschichts- und Gesellschaftslehre“ und die „Erfahrung der Arbeiterbewegung“ als „geistige Wurzeln“ des demokratischen Sozialismus erwähnt, doch offensichtlich nur, um sich im Programm selbst umso deutlicher davon zu distanzieren.

Idealistische Geschichtsschreibung

Die Geschichts- und Gesellschaftslehre, die dem Programm zugrunde liegt, ist durch und durch idealistisch.

Dies wird vor allem in der Auseinandersetzung mit der eigenen Parteilinie deutlich. Es wird keine Erklärung dafür gegeben, warum die SPD nicht in der Lage war, die beiden Weltkriege und den Faschismus zu verhindern. Alles wird mit äußeren Umständen begründet. Die Partei hat nie Schuld. Es wird nicht die Frage gestellt, ob eine andere Politik nötig und möglich war.

Dies wird besonders deutlich in den Abschnitten über den 1. Weltkrieg und die Zeit danach. Die November-Revolution, die mittlerweile in jedes Schulbuch Eingang gefunden hat, findet im Irsseer Entwurf nicht statt. Die Spaltung der SPD wird den Linken in die Schuhe geschoben. Haben Liebknecht und Luxemburg vielleicht den Kriegskrediten zugestimmt? Kein Wort davon, daß rechte SPD-Führer auf Arbeiter schielen ließen. Die sozialistische Räterepublik erscheint in den Zeilen von Irsse als „proletarisch genann- te Parteidiktatur“.

Diese Ausführungen sind ein Rückschritt hinter das Exil-Vorstand der SPD immerhin „schwer historische Fehler“ zugeb.

Die Autoren erweisen sich als unfähig, die Entartung der Russischen Revolution und den Aufstieg des Stalinismus zu erklären. Die Systeme im Ostblock werden als „kommunistische Gewaltherrschaft“ bezeichnet. Schließlich sich Kommunismus und Gewalt nach der Methode des wissenschaftlichen Sozialismus nicht aus? Sind die von Marx, Engels und Bebel entwickelten Bedingungen für eine kommunistische Gesellschaft etwa in der Sowjetunion erfüllt?

Klassenstandpunkt

Bei der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse fehlt der Klassenstandpunkt. Da ist die Rede von „Mensch“, wo eigentlich klar gemacht werden müßte, daß es sich um die Mitglieder produktionsmittelbesitzender Menschen (Kapitalisten) handelt, die Wirtschaft und Gesellschaft beherrschen. Beispiel: „Wir lassen unsere Wälder sterben“. Jedes einfache SPD-Mitglied ist also genauso Schuld am Waldsterben wie die Fabrikbesitzer oder Energiekonzerne, die unsere Umwelt verpestern? Da ist die Rede von „unserer Wirtschaft“ und „unserem Staat“, als ob diejenigen Schichten, die die SPD zu vertreten hat, das Sagen hätten. Wie kann es ein „nationales Interesse“ geben, wenn Lohnabhängige und Kapitalisten entgegengesetzte Interessen haben?

In der Tradition von Godesberg stellt die SPD als Volkspartei dar: Gegensatz zwischen den Klassen noch nie so krass war wie heute. 1,7% der Bevölkerung verfügen über 80% des gesellschaftlichen Reichtums. Während 1950 noch weniger als 2/3 der Erwerbstätigen Lohnabhängige waren, sind es heute 87%. Der Anteil der gesamten Nettoeinkommen der Arbeitnehmer ist aber inzwischen wieder auf dem Niveau von 1950: 58,1% des Gesamteinkommens (Spiegel 1/87).

Die Mitgliedschaft der SPD besteht nach wie vor mehrheitlich aus Lohnabhängigen und ihren Familien. Obwohl sie ihren Einfluß auf die SPD geltend machen, betrachten die Kapitalisten die SPD nicht als ihre Partei. Wenn es zu verhindern ist, lassen sie die SPD nicht an die Regierung 1982, als die Schmidt-Regierung die Gewerkschaften nicht mehr ruhig halten konnte, wurde die SPD zugunsten einer rein bürgerlichen Regierung aus der Regierung geworfen. Trotz der rechten Politik, die in den letzten Jahren von der SPD gemacht wurde, wurde sie längst nicht mit soviel Spenden aus den Chefetagen der Großkonzerne eingedeckt wie FDP, CDU und CSU. In einer von Klassenwidersprüchen gekennzeichneten Gesellschaft kann es keine „Volksparteien“ geben, jedenfalls nicht in dem Sinn, daß sie das gesamte „Volksinteresse“ vertreten, weil es dieses nicht gibt. Die SPD muß sich entscheiden, ob sie die überwältigende Mehrheit des



Nur durch den internationalen Kampf wird es uns gelingen, die Herrschaft des Kapitalismus und die anstehenden Probleme zu lösen. Das Plakat zum 1. Mai 1890 zeigt, daß SPD dies damals zu Herzen nahm, während die SPD-Programmkommission heute Wort darüber verliert.

Volkes vertreten will oder eine kleine Minderheit.

Frieden

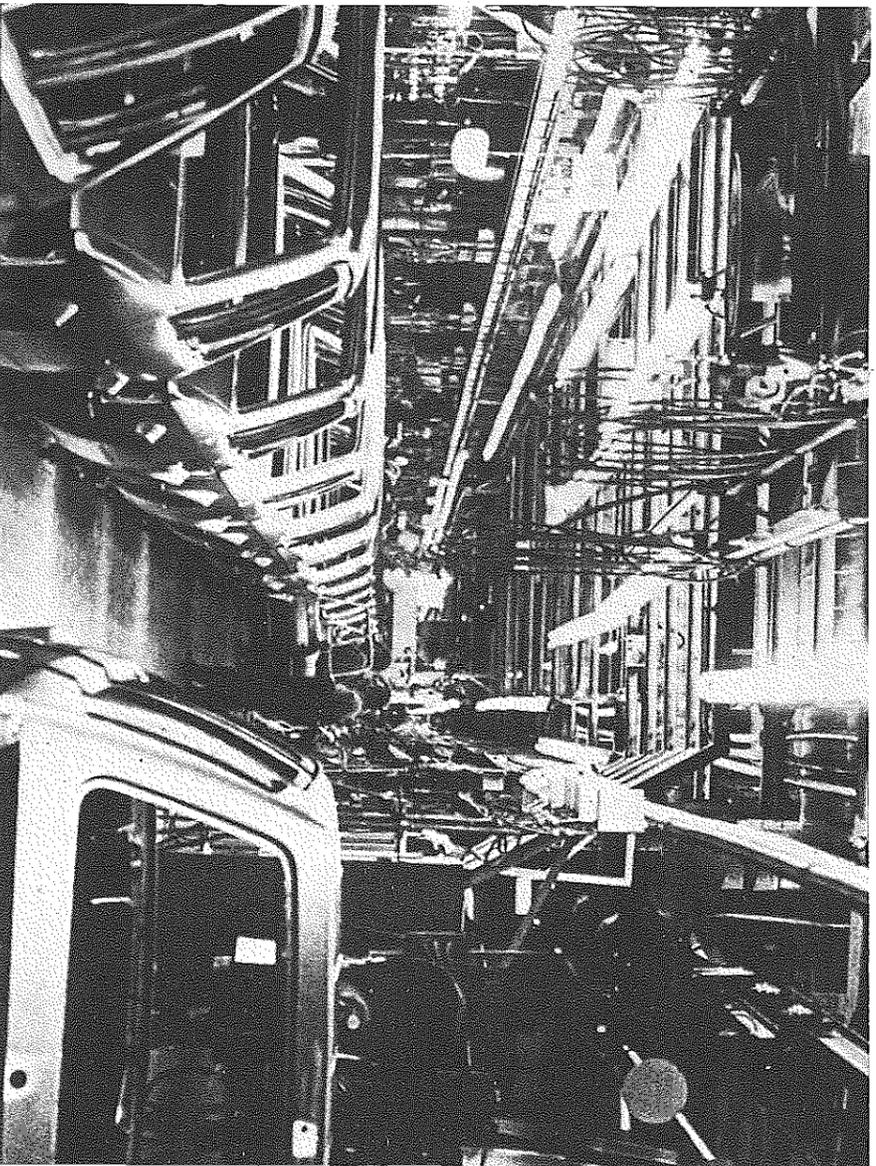
Nach den Grundwerten wird im Programmentwurf an erster Stelle die „Politik des Friedens“ genannt. Nirgends werden die Ursachen von Rüstung und Krieg genannt: Kriege gibt es nicht, weil es zu viele Waffen gibt, sondern Waffen gibt es, weil die herrschende Klasse Kriege in ihrem Profitinteresse immer wieder nötig hat. Die Forderung nach Abrüstung muß deshalb verbunden werden mit der Abschaffung des Kapitalismus. Die Politik der internationalen Friedensverträge und friedlichen Koexistenz schon der 20er Jahre verhielt nicht den 2. Weltkrieg. Daraus sind die Lehren zu ziehen.

Der Irsseer Entwurf gibt ein klares Bekenntnis zur Mitgliedschaft in der NATO ab. Die NATO ist ein Militärbandnis der westlichen kapitalistischen Staaten unter Führung des US-Imperialismus. Die Bundeswehr hat angeblich einen „wichtigen Platz“ in einer „Politik der Kriegsverhütung“. Armeen haben noch nie Kriege verhindert. Die Bundeswehr ist ein Teil des bürgerlichen Staatsapparates und als solche dazu bestimmt, die Profitinteressen der deutschen Kapitalisten gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen.

Für das Elend in der unteren Welt werden die westlichen und der Ostblock gleichermaßen verantwortlich gemacht. Es ist jedoch die das Elend in der 3. Welt. Solange der Weltmarkt von 500 nationalen Konzernen kontrolliert wird, gibt es keine Lösung. Eine „gerechte Weltwirtschaftsordnung“ auf der Grundlage von internationaler Konzernmacht eine Illusion.

Staatsfrage

Die Bundesrepublik Deutschland ist unser Staat... „Dank derselben Demokratie ist unser Staat mindestens kein Klassenstaat mehr, sondern unsere Gesellschaft noch Merkmale einer Klassengesellschaft“. Der Staat ist aber nicht ein wichtiges Instrument für die herrschenden Klassen oder mächtigen Interessengruppen. Er kann ein wichtiges Instrument für die zu verändernden. Leider springt ganze Erfahrung der Arbeiterbewegung gegen diese Einschätzung bürgerlichen Staates. Trotz aller demokratischen Rechte, die sich die Arbeiterbewegung erkämpft, bleibt dieser Staat ein Klassenstaat. Lange es eine „ökonomisch herrschende Klasse“ gibt. (Siehe dazu V.



Die neue Technologie kann einerseits Arbeitslosigkeit für Millionen bedeuten, andererseits jedoch drastische Arbeitszeitverkürzung und Arbeit für alle. Welche der beiden Möglichkeiten die Zukunft bestimmen wird, hängt ab vom Kampf der Arbeiter. Sie sind dazu bereit – aber die SPD als Arbeitspartei hat es in ihrem Programmentwurf versäumt, hierzu klare Forderungen zu stellen.

Cheres Parteiprogramm

Nr. 91, S. 4 und 5: Bürgerliche Herrschaft durch sozialistische Demokratie ersetzen") Während die SPD ursprünglich eine klare Trennung von Kirche und Staat gefordert hatte und die Religion zur Privatsache erklärte, erkennt der Irseer Entwurf die „besondere rechtliche Stellung der Kirche an“, die sie heute hat.

Gleichberechtigung

Die Benachteiligung der Frau wird nicht zurückgeführt auf die Gesetzmäßigkeiten der Klassenherrschaft, sondern auf die Vorherrschaft der Männer. Folglich heißt es: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden.“ Erfreulicherweise gehen die konkreten Forderungen zum großen Teil in eine positive Richtung: Verfüzung der täglichen Arbeitszeit, 6-Stunden-Tag, Kindergärten und -krippen, Ganztagschulen usw. Diese Forderungen lassen sich ohne Machtkampf mit dem Kapital aber nicht durchsetzen. Und das verweigert das Programm.

Wirtschaft

Der größte Unterschied zwischen Godesberg und Irsee besteht in der wirtschaftlichen Perspektive. Godesberg lag mitten im Nachkriegsaufschwung. Irsee liegt hinter den beiden Weltwirtschaftskrisen von 1974/75 und 1980-83, und wenn das Programm verabschiedet wird, steckt der Kapitalismus wahrscheinlich in einen neuen, tieferen Rezession.

1959 ist die Partei von der Möglichkeit ständigem Wirtschaftswachstum ausgegangen. Auf dieser Grundlage waren Reformen ohne offene Klassenkämpfe möglich. Diese Zeiten sind endgültig vorbei. Irsee gesteht ein, daß die „Marktwirtschaft immer wiederkehrende Wirtschaftskrisen verursacht“. Wirtschaftskrisen sollen aber nicht beseitigt, sondern gemildert werden; die Folgen sollen durch staatliches Eingreifen abgedeckt werden.

Das zentrale Problem heißt heute: wirtschaftliche Macht. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeigentum zweckmäßig und notwendig.“ So steht es im Godesberger Programm. Im Vergleich dazu ist der neue Programmentwurf ein großer Rückschritt. Obwohl neuerdings gerade aus den Reihen der Gewerkschaften die Forderung nach Verstaatlichung bekräftigt wird, formulieren die Autoren von Irsee änderst zurückhaltend: „Wo Machtkontrolle anders nicht erreichbar ist und wichtige gesellschaftliche Interessen sich nur so durchsetzen lassen, können in besonderen Fällen – in Übereinstimmung mit dem Grundsatz – verschiedene Formen der Vergesellschaftung, auch die Überführung in Gemeigentum nötig werden.“

Mit mehr Mitbestimmung, Wirtschafts- und Sozialrat, Beteiligung der Arbeitnehmer an Produktivwertmüssen soll die Wirtschaft demokratisiert werden. Der Staat soll vor allem durch Steuer- und Sozialpolitik dafür sorgen, daß soziale Gerechtigkeit herrscht. Doch wer bestimmt, was „gerecht“ ist? So heißt es: „Leistungslose Einkünfte, z.B. aus Finanzanlagen dürfen steuerlich nicht besser gestellt sein als Einkünfte aus persönlicher Arbeit.“ Wodurch sind diese leistungslosen Einkünfte aber überhaupt gerechtfertigt? Die Godesberger Forderung nach Unterbindung der Bodenspekulation und Abschöpfung ungerechtfertigter Gewinne aus Bodenverkäufen fehlen im neuen Programmentwurf.

Wenige Reformforderungen

Konkrete Reformforderungen sind rar im Irseer Entwurf. Das Programm deutet gleichzeitig an, daß die Krisenfolgen teilweise auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Bei den sozialen Dienstleistungen soll die Selbsthilfe ausgebaut werden. Im sozialen Wohnungsbau sollen die Bewohner an Planung, Bau und Ausbau der Wohnungen beteiligt werden, um die Kosten zu senken. Für den Kon-

sum soll künftig „ein geringerer Teil zur Verfügung stehen als früher.“ Allerdings sollen die Realeinkommen nicht sinken, aber langsamer steigen als in den 60 und 70 Jahren.“

Die Reformforderungen und die Ansprüche an den Lebensstandard sind im Irseer Entwurf sehr bescheiden im Vergleich zu den Möglichkeiten, die uns eine sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage von Gemeigentum an Produktionsmittel und einer geplanten Wirtschaft bieten würde.

Auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft und seiner Krise ist der Programmentwurf absolut utopisch. Die Erfahrungen mit der Schmidt-Regierung, der Regierung Mitterand und den sogenannten sozialistischen Regierungen in Spanien und Griechenland machen deutlich: Reformen können nicht gestiebert werden, wenn das Kapital die Macht hat. Der Sozialismus kann nicht im Rahmen der von den Kapitalisten aufgestellten Gesetze erreicht werden.

Das einzige Programm, das den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gerecht wird, ist ein Übergangsprogramm mit einer Klassenanalyse und klaren sozialistischen Forderungen. Das wichtigste dabei wäre aber auch eine Parteiführung, die dann bereit ist, offensiv für die Durchsetzung des Programms zu kämpfen.

Ursel Beck, Stuttgart
Jungsozialistin

Lesehilfen:
Programatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Hrsg.: D. Dove und K. Klotzbach, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin/Bonn; Marx, Kritik des Godesberger Programms.

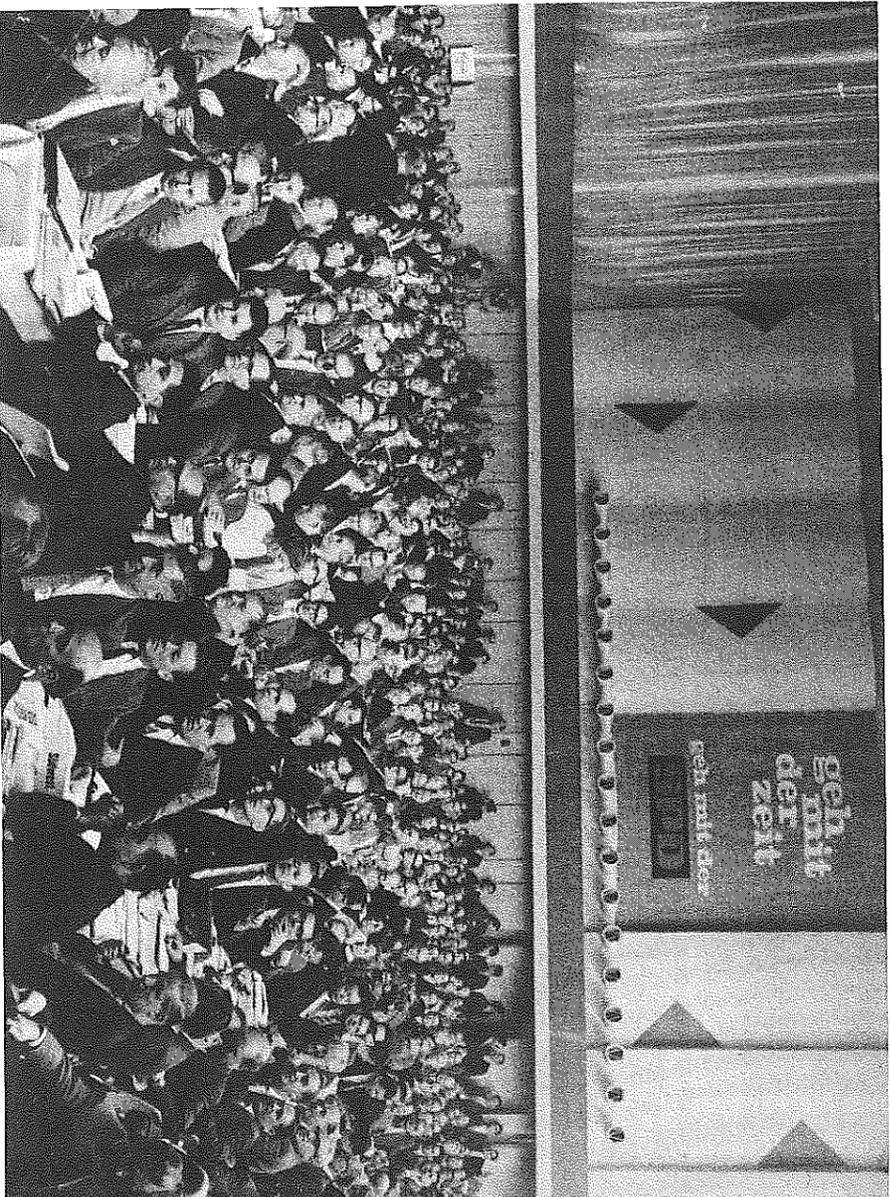
Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen auf dem Parteitag in Erfurt 1891

Die Diskussion um das Irsee-Programm steht in einer langen Reihe von Diskussionen um SPD-Partiprogramme. Das erste Programm, das die SPD unter diesem Namen beschloß, war das Erfurter Programm. Es wurde auf dem Erfurter Parteitag vom 14.-20. Oktober 1891 einstimmig angenommen. Wir drucken den ersten Teil dieses Programms ab, um einen Vergleich mit den heutigen Aussagen der Sozialdemokratischen Partei zu ermöglichen.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten – Kleinbürger, Bauern – bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausbeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erwei-



Godesberger Programm-Parteitag 1959: Hier wurden, unter dem Eindruck des Nachkriegsaufschwungs, die letzten marxistischen Überbleibsel aus dem SPD-Programm entfernt.

tert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvermeidbar geworden ist mit deren zweckentfremdender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Eigentum war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden,

Bauern, Handwerker und Kleinhandler zu expropriieren und die Nichtarbeiter – Kapitalisten, Großgrundbesitzer – in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandelung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet.

Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessensstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen – das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.



Bernstein und Kaucký erwarteten 1890 das Erfurter Programm, kritisch unterstützt von Friedrich Engels. Im Laufe der folgenden Jahre entfernten sie sich jedoch mehr und mehr von der marxistischen Theorie und der revolutionären Praxis.

Nach den Wahlen in Großbritannien

Labour-Führung trägt Verantwortung

Am 11. Juni wurde die Hoffnung von Millionen Arbeitlosen, Sozialhilfeempfängern, Rentnern und Jugendlichen auf ein Ende der Entbehrungen der letzten 8 Jahre zerschlagen. Großbritannien meistgehabte Frau, Maggie Thatcher, ist für eine 3. Amtsperiode wiedergewählt. Dies ist ein katastrophales Ergebnis für die Mehrheit der britischen Bevölkerung.

Die Labour-Partei als traditionelle Partei der Arbeiter konnte ihren Stimmenanteil gegenüber 1983 um ca. 4% erhöhen, aber es hat nicht ausgereicht, um die Tories zu Fall zu bringen.

Ein Blick auf die Bilanz der Tory-Regierung seit Amtsantritt 1979 genügt, um klarzumachen, daß dieses Ergebnis für die Mehrheit der Bevölkerung nichts Gutes verheißt. Ein regelrechter Industrieabbau ist im Rahmen der Thatcher'schen Reformen für die Wirtschaft betrieben worden, der 2 Millionen Arbeitsplätze allein in der verarbeitenden Industrie gekostet hat. Die Arbeitslosigkeit generell ist von 1,3 Mio. (1979) auf über 4 Mio. heute gestiegen, die Dunkelziffer der Niedrigemeldeten mit einbezogen. 18 Mio. Menschen leben um den Sozialhilfesatz, davon 4 Mio. Kinder.

Im staatlichen Gesundheitswesen sind 50.000 Arbeitsplätze seit 1983 vernichtet worden. Im Bildungsbereich wurden 36.000 Lehrstellen in Haupt-, Real- und Gesamtschulen seit 1981 gestrichen. In den letzten 4 Jahren haben sich die Tories als Streikbrecher der Unternehmer verdient gemacht: Beispiel: Bergarbeiterstreik '84 und Druckerstreik '86. Außerdem verabschiedete die Regierung eine Reihe Anti-Gewerkschafts-Gesetze, die die Kampfkraft der Gewerkschaften schwächen sollten.

Ursachen

Wie war es nun möglich, daß nach einer solchen Bilanz die Tories ein drittes Mal gewinnen konnten? Sicher war ein Grund der Wirtschaftsaufschwung, den Thatcher - ähnlich wie Kohl - als Verdienst ihrer Wirtschaftspolitik hingestellt hat. Dies hat sich besonders im Süden des



Internationale Notizen

Kanada

In der drittgrößten kanadischen Provinz Britisch-Columbia fand am 1. Juni ein weitgehend befolgter 24stündiger Generalstreik statt, der das gesamte Wirtschaftsleben lahmlegte. Der Gewerkschaftsdachverband „British-Columbia Federation of Labor“ protestierte damit gegen eine von der Provinzregierung vorgesehene Einschränkung des Streikrechts.

Südafrika

Die Organisation der Eisenbahn- und Hafnarbeitergewerkschaft im Dachverband COSATU hat im Juni einen großen Sieg errungen. Nach über drei Monaten Streik setzte die Gewerkschaft ein Abkommen durch, das den Arbeitern Kündigungsschutz, demokratische Rechte zur Wahl ihrer Vertreter und Sozialleistungen

gramm gegen die Arbeitslosigkeit: Lächerliche 6 Mrd. Pfund, um 1 Mio. neue Arbeitsplätze zu schaffen. 4 Millionen Menschen sind aber arbeitslos! Was die Frage der Finanzierung dieser Reformansätze angeht, so sollen sie aus der Tasche der Arbeitenden durch Erhöhung der Steuern bezahlt werden!

Rechtes Wahlprogramm

Es war das rechtste Wahlprogramm seit langem. Und es hat seine Wirkung gezeigt. Darauf und auf die personalisierte Wahlkampfführung Kinnocks muß die Haupturschuld an der Wahlmiederlage gelegt werden. Dazu kam die Tatsache, daß Kinnock und die Partirechte offensichtlich mehr Wert darauf gelegt haben, die Linke und vor allem die Marxisten um die Zeitung „Militant“ innerhalb der eigenen Partei zu bekämpfen als die Wähler in Partei und Gewerkschaften gegen die Thatcher-Regierung zu mobilisieren - nach dem Motto: „Sozialismus verschreckt die Wähler“. Daß das genaue Gegenteil zutrifft, zeigen die Wahlergebnisse der Labour-Partei in Wahlkreisen, wo marxistische Kandidaten aufgestellt waren. In Li-

psch auf den Fidschi-Inseln

Wer zerstört das Paradies?

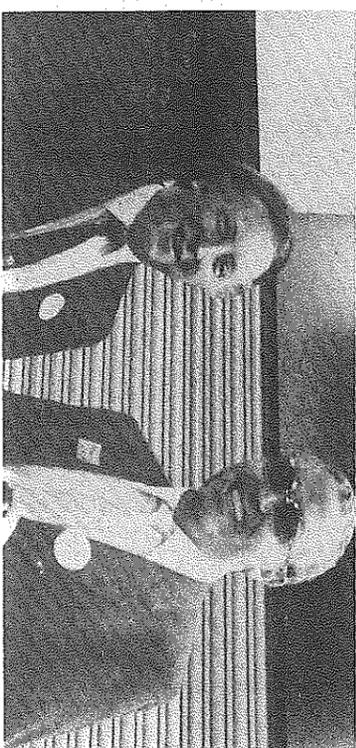
Im Mai wurde in den Medien über einen Putsch auf den Fidschi-Inseln berichtet. „Die paradiesische Insel wird durch Rassenkonflikte zerrissen“, hieß es in den Zeitungen. Daß es sich in Wirklichkeit um Klassenkonflikte und US-Finmischung handelt, zeigt nachfolgender Bericht, den unser Mitarbeiter Arnd Kranefeld aus der britischen marxistischen Wochenzeitung MILITANT übersetzt hat.

Die Wurzeln der heutigen Auseinandersetzung liegen in der Kolonialzeit, die in Fidschi erst 1970 zu Ende ging. Der britische Imperialismus erhielt das überkommene System der Stammehäuptlinge und brachte indische Arbeiter auf seine Plantagen, immer nach dem Motto „teile und herrsche“. Heute ist der indische Bevölkerungsteil zahlenreicher als die melanesische Urbevölkerung (von 675.000 Einwohnern 1983: 49,2% Inder, 45,1% Fidschier) und die Inder beherrschen Handel und Kleingewerbe. Allerdings wurde den Indern der Landerwerb verboten.

Fidschi ist immer noch ein äußerst armes Land, das produziert, was der Weltmarkt verlangt - vor allem Zucker, Kokosnußöl und Bananen. Trotzdem leben knapp 40% der Bevölkerung in Städten, und eine starke Gewerkschaftsbewegung überschreitet die Rassengrenze. Auf dem Land gibt es aber eine fast totale Rassentrennung. Die Armee ist in den Händen einer melanesischen Offizierskaste, die in Europa und USA ausgebildet wurde und familiär eng mit den Häuptlingen und politischen Führern verbunden ist.

Die Arbeiter-Partei

In der Unabhängigkeitserklärung von 1970 wurde die Trennung zwischen Indern und Melanesern dadurch festgeschrieben, daß Sitze im Parlament nach rassischen Quoten vergeben werden; so sollte der Herrschaftsanspruch der Mittel- und Oberschicht der Fidschier für immer gesichert werden. Dieses Kalkül wurde von der gemischt-rassigen Arbeiterpartei durchkreuzt, die im Mai 1985 gegründet wurde und die Politik von Verstaatlichung und Blockfreiheit vertritt. Die Arbeiterpartei entstand aus dem gewerkschaftlichen Widerstand gegen das Lohnkitt, das die regierende Allianz-Partei nach dem Einbruch der Zuckereinnahmen verhängt hatte. Leider ließ der Parteiführer, Dr. Timoci Bavadra, das Verstaatlichungsprogramm fallen und ging in eine Volksfront mit der Hauptoppositionspar-



Der Vorsitzende der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill, und Terry Fields, marxistischer Labour-Party-Unterhausabgeordneter und einer der großen Gewinner der Wahl, beim Wahlkampf in Liverpool.

verpool Broadgreen erzielte die Partei mit 48% ihr bestes Ergebnis im ganzen Land mit einem Stimmengewinn von 7,1% gegenüber '83. In 2 anderen Wahlkreisen, Coventry SE und Bradford wurden marxistische Kandidaten (wieder) gewählt mit überdurchschnittlich guten Ergebnissen. Sozialistische Politik in der Praxis wie in Liverpool (s. Artikel in VORAN Nr. 91) hat mehr Überzeugungskraft als Tausend Hochglanzbroschüren oder medienwirksame Fernsehauftritte.

Labour erneuern

Jetzt muß die Labour-Führung mit den Fehlern der Vergangenheit ehrlich abrechnen und daraus die Konsequenzen ziehen, d.h. sich das Programm der Marxisten zu eigen machen und die wichtigsten Probleme wie Arbeitslosigkeit, Sozialabbau etc. endlich anpacken. Ein prominiloses Programm im Sinne der Betroffenen kann aber nur durch die volle Mobilisierung der Arbeiter-

te (National Federation Party) einer Partei der indischen Mittelklassen, der die Melanesier aus guten Gründen nicht trauen.

Militärputsch

Obwohl sich die Allianz-Partei des Premierministers Mara mit allen nur möglichen bürokratischen Tricks wehrte, verliefen die Wahlen im April '87. Die aus dem Amt gedrängten Fidschi-Politiker gingen zunächst mit rassistischen Parolen gegen die „indisch kontrollierte Regierung“ vor. Am 14. Mai schließlich drangen Soldaten ins Parlament ein und stellten die gesamte gewählte Regierung unter Hausarrest. Der Anführer des Putsches, Hauptmann Sitiveni Rabuka, hat sofort ein Streikverbot und die Pressensensur verhängt. Auf seiner Ministerliste steht auch der frühere Premier Mara. Nach Massenprotesten und Streiks mußte Rabuka jedoch bereits die ersten Zugeständnisse machen. Auf Anweisung seines Hauptlings, des Generalgouverneurs Ganinilu, versprach er, die Truppen wieder in die Kasernen zu bringen. Rabuka und Ganinilu wollen nun einen anderen Weg finden, die Wahlen zu annullieren und die alten Verhältnisse wiederherzustellen. Die Krise dauert an.

Die einzigste Kraft, die die Demokratie verteidigen kann, ist die vereinigte Arbeiterklasse. Genau das ist die größte Sorge der Imperialisten. Vor einem Jahr sagte der US-Admiral Hays, der sich selbst für den wahren Herrscher der Region hält: „Ich bin besorgt über das Anwachsen der Arbeiterpartei in Fidschi. Wir werden dort unsere Augen offen halten müssen.“ Es gibt Berichte, nach denen ein früherer CIA-Direktor das Land in der Woche besucht hat, als der Putsch geplant wurde.

Hinter der Figur Rabukas stehen die weltweiten Interessen des amerikanischen Imperialismus. Fidschis Nachbar Kiribati hat bereits ein Fidschierabkommen mit der UdSSR abgeschlossen. In Vanuata stehen die Libyer. Fidschi wollte sich ihnen



in der Blockfreien-Bewegung anschließen. Eine große Region drohte der US-Vorherrschaft zu entgleiten. Die Zerschlagung der Demokratie und Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Fidschi wurde als ein kleines Opfer angesehen, das man offenbar bringen mußte, um diese Entwicklung aufzuhalten.

Interviewausschnitt aus der „tagesschau“ vom 25.5.87 mit Dr. Jim Anthony, Politologe und Organisator der „internationalen Bewegung für Demokratie in Fidschi“:

„Haben sie Hinweise auf eine Einmischung von außen?“

Es drängt sich der Eindruck auf, daß die USA in den Putsch verwickelt sind. Außer dem früheren stellvertretenden CIA-Direktor Walters betand sich auch Admiral Casey vor dem Putsch in Fidschi. William Pausa vom US-Entwicklungs-hilfeprogramm steht dem ehemaligen Premier Ratu Mara nahe. Mara nahm am Tag des Putsches an einem Treffen des rechtsstehenden „National Republican Institute for International Affairs“ teil. Die USA unterstützen die fidschianische Armee finanziell. Obersteuzerniere haben an von den USA durchgeführten „Pacific Army Management“-Seminaren teilgenommen, auf denen Fragen wie die Übernahme der Gewalt von einer Zivilregierung behandelt werden. Das sind keine Beweise, aber es ist verdächtig.

Keine Antwort auf die Krise des Kapitalismus

Grüne leben vom Versagen der SPD

Nach den Landtagswahlen von Hessen, Hamburg und Rheinland-Pfalz und dem Bundesparteitag von Duisburg hat im Lager der Grünen wie auch unter politisch interessierten Jugendlichen mancher die Frage gestellt, ob die Partei der Grünen, kaum acht Jahre nach ihrer Entstehung, schon wieder auf dem „absteigenden Ast“ sei.

In Hamburg rutschte die GAL auf 7 Prozent ab. Noch im Januar hatte Rainer Trappert nach der Bundestagswahl großspurig verkündet: „Bei dieser Wahl haben die Grünen die SPD als die historische Antwort auf den Konservatismus abgelöst.“ Nach dem Duisburger Parteitag war wenig Historisches zu hören. Der Sieg der „Fundamentalisten“ bei den Vorstandswahlen ließ die den Grünen nahestehende „taz“ von „linksektiererischem Milieu“ sprechen, während unterlegene „Realos“ von einer wechselseitigen Vernichtungskampagne, Schlammgeschlachten und Trittbrettfahrern sprachen.

Besonders die Hamburger Niederlage zeigte, daß es eine Sache ist, Erfolge zu feiern, aber eine ganz andere Sache, Rückschläge zu vermeiden. „Der Wähler ist dumm“, meinte Petra Beyer vom GAL-Landesvorstand, während Thea Bock von der Bürgerrechtsfraktion „die vertehrende Politik des Landesvorstands“ für die Niederlage mitverantwortlich machte: Die GAL sei „nicht fähig, überzeugende Alternativen anzubieten“, außerdem sei die „Atmosphäre vergiftet“ und eine „inner-GALische Umgarnevolution“ notwendig!

Im Herbst soll ein Strategie- und Grundsatztagepartei klären, wo die Grünen überhaupt hinwollen. Doch ein Sprecher der rheinland-pfälzischen Grünen hat nach dem schwachen Ergebnis bei der dortigen Landtagswahl (unter 6 Prozent) die Schlußfolgerung gezogen, Bundesparteitage sollten künftig nicht mehr vor wichtigen Landtagswahlen stattfinden.

Grüne als „ehrlche“ Alternative

Doch ganz egal, ob die Grünen Parteitage und Diskussionen abhalten oder nicht: Die Illusion vom nimmer enden wollenden grünen Siegeszug ist ausgeräumt. Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft, die Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Jugendproteste mit sich bringt, führt zur Krise aller bestehenden Parteien, eben auch der Grünen. Allerdings wird das Wunschen von Bürgerlichen und rechten Sozialdemokraten auch nicht

taill-Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie unterstützt.

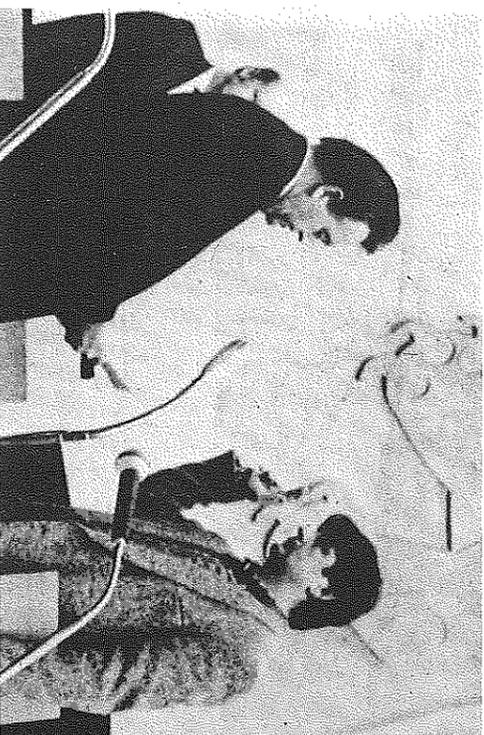
Versagen der SPD-Linken

Solche Kontraste dürfen den Grünen auch weiterhin eine gewisse Unterstützung geben; dies gilt vor allem dann, wenn Oskar Lafontaine, der frühere Gegenpol zu Helmut Schmidt, weiterhin deutlich zu erkennen gibt, daß ihn von Johannes Rau nur „Nuancen und taktische Unterschiede“ (Zitat aus einem Fernsehinterview) trennen. Die zu befruchtende rigorose Spaarpolitik gerade auch in den SPD-geführten Bundesländern und Großstädten und die Übernahme der Parteiführung durch Vogel sind ebenfalls Zeichen dafür, wie weit entfernt die SPD noch von einer wirklichen Erneuerung ist!

Dabei ist das Potential für einen starken linken Flügel in der SPD an der Basis sehr wohl vorhanden. Seit dem Abgang von Schmidt hat es eine deutliche innerparteiliche Kräfteverschiebung zugunsten der Linken gegeben, wenngleich sie immer wieder durch die Parteiführung um Brandt/Vogel/Glotz abgebrannt wurde. Die Nürnberger Parteitage beschloß und der Aufstieg Lafontaines in die Parteispitze sind Ausdrücke dieses veränderten Kräfteverhältnisses. Doch solange die SPD-Linke Kräfte los, unkoordiniert und opportunistisch handelt, solange sie keine klaren sozialistischen Positionen vertritt – solange überläßt sie den Parteirechten das Feld und damit eine „junglaubwürdige“ und abschreckende Darstellung der Partei nach außen.

Keine dauerhafte Stabilität

Hamburg hat deutlich gemacht, daß die Grünen als reine Anti-Partei, die nur vom Versagen der SPD lebt, keine dauerhafte Stabilität bekommen können. Und blickt man einmal hinter die „fortschrittliche Beschlußlage“ der Grünen, so entdeckt man schnell große innere Gegensätze und letztlich unterschiedliche Klassenstandpunkte innerhalb dieser Partei. Während in Duisburg der „Stahl-Experte“ Stratmann die Stahl-Vergesellschaftung, als tagespolitische Aufgabe erklärte, meinte die Abgeordnete Vennegers, daß die Vergesellschaftung nur auf lange Sicht hilfreich und ein Kapazitätsab-



Der Grüne Joschka Fischer wird als erster Umweltminister vereidigt. Viele setzten große Hoffnungen in ihn, doch ändern konnte er nichts.

bau unumgänglich sei. Waltraut Schoppe von den „Realos“ hatte schon zuvor die Meinung vertreten, daß sowieso nicht jeder Stahl-Standort zu halten sei. In Sachen Volkszählung bezieht sich Otto Schily in diesem Frühjahr, sich vom harten Boykott zu distanzieren und seine Staatsloyalität zu unterstreichen. Jede politische Partei, die es mit ihrem Programm ernst meint, muß konsequenterweise Macht anstreben, um ihre Ziele durchzusetzen.

Machtprobe mit dem Kapital

Jeder ernsthaft Grüne muß sich fragen, wie ein konsequenter Umweltschutz und eine zielscheitige Abrüstung durchzusetzen sind, ohne die Machtprobe mit der entsprechenden Industrie und der herrschenden Klasse insgesamt herbeizuführen und erfolgreich zu bewältigen. Daß Parlamentarismus, Demonstrationen, Sitzstreiks und ziviler Ungehorsam hierzu nicht ausreichen, haben die letzten Jahre bewiesen.

Hessen und Hamburg haben gezeigt, daß Fundis ebenso wie Realos – jeweils auf ihre Weise – nicht an

Volkszählung

Genhorsamkeitsprüfung ohne Erfolg!?

Eines ist sicher: Das Staats-spektakel Volkszählung kostete uns schon Milliarden DM und war ein totaler Flop.

In den vergangenen Wochen waren zehntausende Zähler unterwegs, um Daten einzusammeln. Dabei passieren die haarsträubendsten Sachen. Beispielsweise wurden Mitarbeiter des Einwohnermeldeamtes als Zähler eingesetzt. Gerade hierbei konnte man ja wohl davon ausgehen, daß es unmöglich war, den Datenschutz sicherzustellen. Überhaupt wurden viele Mitarbeiter von Behörden als Zähler eingesetzt. Sicherlich aus dem Grunde, weil sich trotz Aufrufe in der Presse aus der Bevölkerung wenige Zähler fanden. Andererseits war dies auch eine gute Gelegenheit, sich einmal mehr der Staatsstrenge der eigenen Bediensteten zu versichern.

Großer Unmut

Der Unmut in der Bevölkerung gegen die Volkszählung war groß. Die Milliardenverschwendung von Steuergeldern war niemandem einseitig. Keiner konnte verstehen, weshalb nur nach den jetzigen bekannten Verhältnissen und nicht nach den Wünschen und Bedürfnissen des Einzelnen gefragt wurde, da die Daten ja angeblich für die Planung der nächsten Jahre benötigt würden.

Noch mehr Unverständnis und Empörung gab es jedoch, als die Staatsgewalt unvermittelt ihre Macht in verschiedenen Städten der BRD mit Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme von Flugblättern demonstrierte.

Staatliche Übergriffe

Die Regierung versuchte selbstverständlich, den Protest der Bevölkerung herunterzuspielen. So gaben die örtlichen Erhebungsstellen die

MIR-Verständnis

Während einer internationalen Konferenz in Washington zum Thema AIDS demonstrierten viele Opfer dieser Krankheit gegen die Reagan-Regierung. Sie meinten, daß der Staat weder genug Geld zur Bekämpfung der Krankheit zur Verfügung gestellt noch Verständnis für die Kranken gezeigt hat.

Stimmt nicht, meinte die Washingtoner Polizeidirektion und gab sofort Geld aus der eigenen Kasse für den Schutz der Menschheit aus – allerdings in Form von Gummihandschuhen, mit denen die Polizisten 64 Demonstranten festnehmen konnten.

Mit dem Verständnis für die Krankheit scheint es zu hapern: Auch Polizeibeamte können nicht durch Hautkontakt mit AIDS angesteckt werden.

Wachsamkeit

Das Alltagsleben im Paradies des „real-existierenden Sozialismus“ scheint nicht vollkommen

Königs-Kommunisten

Mitte Juni konnten wir in der Presse folgendes vernehmen: Der afghanische KP-Führer hat dem im italienischen Exil lebenden Ex-König Mohammed Zahir Schah indirekt die Rückkehr angeboten. Die „Kommunisten“ wollen ihren König wiederhaben! Auch Gorbatschow ist damit einverstanden, dies hat er in einem Interview angedeutet. Zum Glück lebt der russische Zar nicht mehr; wer weiß, wie weit Gorbatschow mit seiner „Reformpolitik“ gehen würde. Die Arbeiter der Sowjetunion und die armen Bauern in Afghanistan wollen keinen Monarchen und keine bürokratische Diktatur, wie sie jetzt in der Sowjetunion und in Afghanistan existiert. Sie lernen jetzt, daß sich manchmal Parasiten wie Monarchen, die eigentlich ins Museum gehören, und solche, die der Planwirtschaft die demokratische Kontrolle verweigern, ganz gut

Ihr da oben . . .

Zahl der bei ihnen eingegangenen, ausgefüllten Bogen nicht bekannt. Nur durch eine Gegenüberstellung dieser Zahlen mit den Eingängen bei den Boykott-Sammelstellen läßt sich das Ausmaß der Verweigerung messen. Denn die staatlichen Erhebungsstellen versuchen zu veranschaulichen, welche Probleme sie besonders in den Großstädten mit dem Ausfüllen der Bogen, der Beantwortung von Anfragen und dem Eintreiben der Bogen haben. Das Verfahren kann sich noch Wochen, ja Monate hinziehen. Andererseits werden die Boykott-Sammelstellen durch Abfragen der Post (z.B. in Berlin) und Durchsuchungen systematisch behindert.

Wo jedoch blieb, angesichts dieser Frechheiten der Regierung des Kapitals, der Protest von SPD und Gewerkschaften? Die Führung der organisierten Arbeitnehmer ließ viele Fragen und Proteste unbeantwortet. Statt den Protest der Bevölkerung aufzugreifen und öffentlich zum Boykott aufzurufen, überließ sie es jedem einzelnen, individuell zu entscheiden.

SPD und DGB

Jeder war auf sich selbst gestellt und mußte entscheiden, ob er boykottierte und Strafe zahlte oder sich lieber der Strafe durch einen „Mogelboykott“ entzieht. In jedem Fall wird ein Teil der Bevölkerung das Mögeln vorgezogen haben, angesichts der Tatsache, daß ein konsequentes Vorgehen der Führung von SPD und Gewerkschaften gegen die Volkszählung ausbliehe.

So etwas darf nicht noch einmal passieren! Kämpfen wir in SPD und Gewerkschaften dafür, daß solche Machtdemonstrationen des Staates gegen die Bevölkerung nicht mehr zugelassen werden!

**Renate Kayitare, Aachen
SPD-Mitglied**

VORZEIT

Landtagswahlen im Herbst

Verteidigt die

SPD-Mehrheit in Bremen

Für sozialistische Kommunalpolitik

Am 13. September wird im Zwei-Städte-Land Bremen gewählt. Nach dem Sieg in Hamburg scheinen die Chancen für eine Weiterführung der seit 16 Jahren bestehenden SPD-Ableitregierung wieder gut zu stehen.

Die Bundestagswahlen im Januar mit ihren recht hohen Zugewinnen für die Grünen und Verlusten für die SPD lösten die Befürchtung aus, daß die absolute Mehrheit in dieser traditionellen Hochburg verloren gehen könnte. Der Wahlsieg in Hamburg scheint nun das Blatt gewendet zu haben, es herrscht wieder „Stimmung für die SPD“. Wir warnen aber schon in der letzten Ausgabe vor einer unbegründeten Selbstzufriedenheit der Parteiführung, denn es kann keine Rede von einem Freibrief für rechte Politik sein. Eventuelle „Koalitions-Gelüste“ mit der FDP sollte die Bremer Parteiführung in Anbetracht der Hamburger

Koalitionsverhandlungen schnell vergessen.

Die Bremer SPD muß sich im Wahlkampf der Kernfrage stellen: Die Bewältigung der kapitalistischen Krise mit ihren Folgen einer Arbeitslosenquote von 15% und der bedrohlich steigenden Sozialhilfeabhängigkeit.

Die Umverteilungspolitik der Kohl-Regierung hat auch hier kräftig zugeschlagen. Steigende Ausgaben und Einnahmeausfälle durch Erwerbslosigkeit führten zu einer schweren Finanzkrise und wiederum zu hohen Ausgaben für Zins und Tilgung der Schulden – statistisch jeder Einwohner mit 17.300 DM belastet.

Die SPD-Führung hat sich bisher leider mit ihrer Politik diesen vom Gegner in Bonn mitgeschaffenen Sachzwängen häufig unterworfen, indem sie mit ihrer Kürzungspolitik

Absolute SPD-Mehrheit für Schleswig-Holstein

Am 13. September wird in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt. Nach fast 40 Jahren CDU-Herrschaft stehen die Chancen gut, mit einer absoluten SPD-Mehrheit im Kieler Landtag eine bessere Politik im nördlichsten Bundesland einzuleiten.

Die schleswig-holsteinische SPD um den Spitzenkandidaten Björn Engholm gilt als relativ links. So wurde schon vor Jahren der Aufstieg aus der Kennenergie prognostiziert und auch das Verhältnis zu den Grünen ist nicht so verkrampt wie z.B. in Hamburg. Das Ziel muß aber die absolute Mehrheit bleiben. Nur wenn es dazu nicht reichen sollte, sind die Grünen mögliche Bündnispartner.

Ingrawelche Koalitionsangebote in Richtung FDP müssen von der Parteibasis energisch bekämpft werden. Mit dieser kleinen Partei des großen Kapitals ist nur reaktionäre Sparpolitik möglich. Aber auch eine Koalition mit den Grünen ist eigentlich unnötig. Ihre Themen (AKW, Umwelt, Frieden, Gleichstellung der Frau) werden von der schleswig-holsteinischen SPD schon seit längerem aufgegriffen. Auch setzt sich die SPD für eine Soforthilfe für die Werten ein, von denen 90% (!!) vom Konkurs betroffen sind.

Die Reformvorhaben des Wahlprogramms sind gut und richtig, aber nur in harter Auseinandersetzung mit dem Kapital und breiter



Mit einem sozialistischen Programm könnte Björn Engholm die absolute Mehrheit schaffen.

Mobilisierung durchzusetzen. Doch solange die ökonomische Macht in den Händen der Unternehmer bleibt, solange die „soziale“ Marktwirtschaft bedeutet, daß die Werftarbeiter von Schlichtung von Arbeitslosigkeit leben müssen, während „ihre“ Kapitalist Hartmorf 22 Millionen DM auf der Bank hat, solange wir im Kapitalismus leben, bleiben die Probleme des Kapitalismus.

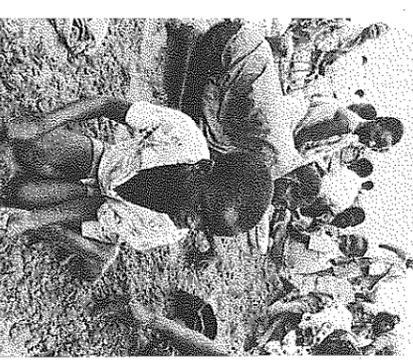
Die SPD kann dem mit einem sozialistischen Programm ein Ende setzen! Hilfst Du mit, die Schwarzweizen aus der Regierung zu vertreiben und unsere Partei sozialistisch zu erneuern?

Pucki Wolf, Lübeck
Jungsozialist

Rohstoffpreise und Profite Geschäfte mit dem Hunger

Im Gegensatz zu den fünfziger und sechziger Jahren, als der Welthandel um durchschnittlich 8% pro Jahr zunahm, stagniert er seit 1980 auf einem Niveau von 2000 Mrd. \$. Die Folgen sind besonders für die Länder der „Dritten Welt“ katastrophal. Trotz ihrer Bemühungen, ihre geschwächten Wirtschaften noch mehr auf Exportproduktion auszurichten, müssen sie zusehen, wie ihre Handelsbilanzen sich stetig verschlechtern.

Aufgrund der ständigen Abwertung des Dollars und dem damit einhergehenden Kursverfall der eigenen Währung müssen sie für Importe immer mehr aufbringen, bekommen jedoch für Exporte immer weniger. Gleichzeitig gibt es auf den Weltmärkten ein Überangebot von Rohstoffen, da die hochverschuldeten Länder um jeden Preis exportieren müssen und so die Überproduktionskrise verstärken. Die Konkurrenz unter den Ländern der „Dritten Welt“ erhöht sich. So kam es, daß 1986 die Rohstoffpreise auf ihr niedrigstes Niveau seit neun Jahren gefallen sind. Die „Dritte Welt“ exportiert mangelmäßig immer mehr, aber nimmt dafür weniger ein.



Fallende Rohstoffpreise treiben Millionen Menschen in den Hungertod.

Zeitraum fiel der Preis für so wichtige Rohstoffe wie Erdöl und Heizöl um 45,1% bzw. 38,1%. Hier nur einige wenige Beispiele von Preisverfall bei importierten Produkten: Rohkakaó 31,5%, Silber 27,1%, Benzin 25,8%, Pfeffer 23,6%, Reis 23,2%, Kautschuk 21,9%, Baumwolle 16,6% und Tee 15,6%.

Des einen Leid, des anderen Freud

Deutsche Konzerne nutzen diesen Zusammenbruch von Rohstoffpreisen und den Kaufkraftgewinn der

Verbraucher profitieren nicht

Wer jetzt meint, die Verbilligung vom Einkaufspreis würde auch im Verkaufspreis hierzulande kräftig zu Buche schlagen, hat sich stark getäuscht. Die deutschen Importeure sparen 60 Mrd. DM – die Konsumenten sparen lediglich 4 Mrd. DM. Die Mineralölkonzerne zum Beispiel konnten 1986 besonders günstig einkaufen.

Die Einfuhren von Erdöl kosteten 17 Mrd. DM, nicht einmal die Hälfte dessen, was im Vorjahr zu zahlen war. Zwar sanken die Sprit-Preise im Durchschnitt um 35–42 Pfennig je Liter, doch war das natürlich längst nicht soweit, wie bei den Rohölrechnungen gespart wurde. Bei Gas wurde die Preissenkung mit monetärlanger Verzögerung an die Verbraucher weitergegeben.

Auch wird dem aufmerksamen Käufer von Uncle Ben's Reis sicherlich nicht entgangen sein, daß die Kilo-Packung nach wie vor 5,70 DM kostet. Wenn man sich dann noch vor Augen hält, daß der Einfuhrpreis für ein Kilo Langkornreis im Februar vorigen Jahres bei 8,- Pfennig, im Februar dieses Jahres bei 32,- Pfennig notiert war, kann man ermesen, welch gutes Geschäft das deutsche Kapital mit dem Hunger in der Welt macht.

Thomas Berger, Kassel
Jungsozialist

Jugendproteste in ostberlin Bürokraten raus - Sozialismus rein!

Die Unruhen und Polizeisätze gegen tausende Ostberliner Jugendliche vor einigen Wochen machen deutlich, daß auch das bisher so stabil scheinende DDR-Regime mit dem Unmut in der Bevölkerung rechnen muß. Die Behauptungen der DDR-Nachrichtengeneratoren, die Berichte, die hier über den Bildschirm flimmerten, seien „Hirngespinnst“ westlicher Journalisten, zeigen, daß es mit der Informationspolitik der DDR-Führung offenbar nicht viel besser bestellt ist als mit der der Blitzezeitung.

Auf westlicher Seite beillien sich manche Kommentatoren mit Abwärtsgewissen: Die Jugendlichen seien vor allem Rockfans gewesen, mit wenig politischem Bewußtsein. Es mag wohl sein, daß der Anlaß für das Zusammenströmen der Jugendlichen zunächst das Rockkonzert auf Westberliner Seite war und das Vorgehen der Ostberliner Polizei die Zusammenstöße erst provoziert hat. Aber daß binnen kurzer Zeit aus der friedlichen Versammlung von Rockfans eine politische Kundgebung wurde, die sich an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen wiederholte, spricht Bände.

Die Tatsache, daß das DDR-Regime seine Bevölkerung einsperrt, ist ein Politikum ersten Ranges, daß offenbar sehr wohl im Bewußtsein der Jugendlichen vorhanden ist. Das Absingen der Internationale, die „Rosa-Luxemburg“-Rufe (nach dem Bericht eines Reporters des britischen „Guardian“) und die Gorbatschow-Sprechchöre zeugen ebenfalls nicht gerade von einem entwickelten politischen Verständnis. Sie machen ebenfalls deutlich, daß hier keineswegs eine pro-westliche Stimmung zum Ausdruck kam (wie vielleicht mancher Reaktionsär in der BRD gern glauben möchte), sondern daß die Jugendlichen durchaus eine sozialistische Orientierung haben.

Angestaute Unzufriedenheit

In den Unruhen kam angestaute Unzufriedenheit und unterschwelli-

ge Frustration mit dem bürokratischen Regime unvermittelt zum Ausdruck. Dies war auch nicht das erste Mal, daß sich der „Arbeiter- und Bauernstaat“ revoltierenden Jugendlichen gegenüber sah. Schon in den vergangenen 10 Jahren gab es immer wieder gerüchtweise Nachrichten über Zusammenstöße zwischen Jugendlichen und der Polizei nach Rockkonzerten. 1977 soll es bei solchen Kämpfen auf dem Ostberliner Alexanderplatz sogar Tote gegeben haben.

Wieso hat eine angeblich „sozialistische“ Regierung solche Polizeisätze nötig? Warum muß man durch die Mauer eine Bevölkerung vor „westlicher Infiltration“ schützen, die angeblich zu über 99% die SED-Einheitslisten wählt?

Keine Hilfe von Gorbatschow

Die sowjetische Nachrichtenagentur unterstützt inzwischen das DDR-Regime mit der Stellungnahme, die Mauer sei als „antifaschistischer Schutzwall“ nötig. Dies sollte den DDR-Jugendlichen zeigen, daß aus Richtung Gorbatschow auch keine Hilfe zu erwarten ist. Die Arbeiter und Jugendlichen in der DDR können sich nur selber helfen. Indem sie die Diktatur einer bürokratischen Minderheit stützen und eine echte sozialistische Arbeiterdemokratie aufbauen. Dies hätte sofort eine große Anziehungskraft für die Arbeiterbewegung im Westen. Daß es im Kampf der Jugend gegen ihre jeweiligen Bevormunder wechselseitige Auswirkungen an der Nahtstelle der Systeme gibt, zeigen die Jugendunruhen in West- und Ostberlin: Die Ostberliner Jugendlichen rufen „Kreuzberg ist überall!“ Die Kreuzberger Jugendlichen rufen bei einer Polizeiblockade aus Anlaß des Reagan-Besuches einem Wall von Polizisten entgegen: „Die Mauer muß weg!“

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin



Ich möchte VORZEIT unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

- VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM
- VORAN weiterverkaufen
(Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo
zu DM beziehen (ab DM 20,-)
- (Bitte nicht austauschen, Adressänderungen und Einsendungen)

Psyché Essen, Bl.Z. 360 100 43
Konto Nr. 2500 50-430
Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln 1